

Basler Zeitung

Die Zeitung der Nordwestschweiz

Baz vom 15. Dezember 2008, Seite 21

Basler Impulse gegen Schnüfflerei

Neue Verordnung geht Ende Jahr nach Bern

philipp loser

Die Basler Regierung will den Inlandgeheimdienst künftig besser überwachen und erhält dafür Lob von allen Seiten. Ständerätin Anita Fetz (SP) hofft auf einen Domino-Effekt.

Die Betroffene, der Datenschützer, der Jurist, die Politikerin. Die Ankündigung der Basler Regierung, den Inlandgeheimdienst bei Aktivitäten auf Kantonsgebiet künftig besser zu kontrollieren, erhält Applaus von allen Seiten. «Das tönt gut», sagt SP-Grossrätin Tanja Soland, die fichiert wurde; «Initiativen wie jene der Basler Regierung arbeiten unserem Ziel entgegen», so Bruno Baeriswyl, Präsident von «privatim», der Vereinigung der schweizerischen Datenschutzbeauftragten; «es geht in eine positive Richtung», meint Staatsrechtsprofessor Markus Schefer, und SP-Ständerätin Anita Fetz sagt schlicht: «Endlich!»

Diese positive Resonanz ist Ausdruck eines Unbehagens dem Staatsschutz gegenüber, das nicht zuletzt durch die «Basler Fichenaffäre» und die missglückte Polizeiaktion nach der Anti-WEF-Demonstration im Januar noch grösser wurde.

Unbehagen. Der Basler Geschichtsprofessor Georg Kreis hat vor rund 15 Jahren die Arbeitsgruppe geleitet, in der die Fichenaffäre der 80er-Jahre historisch aufgearbeitet wurde. Er sagt: «Man muss gerade heute sehr genau auf den Staatsschutz aufpassen. Ich spüre tendenziell einen Rückfall in alte Zeiten. Undifferenzierte Terrorprävention seit den Anschlägen von 2001 sind ein Einfallstor für unangemessenes Verhalten.» Kreis liegt damit auf einer Linie mit Rechtsprofessor Schefer, der bei der Präsentation des Datenschutzgutachtens vor einer Woche gesagt hatte, es gebe «ein Problem mit dem Staatsschutz».

Dieses Problem konzentriert sich auf die mangelnde Überwachung der Staatsschützer, die direkt in den Kantonen Daten für den «Dienst für Prävention und Analyse (DAP)» sammeln. Mit einer Verordnung zum Vollzug des Bundesgesetzes zur Wahrung der Inneren Sicherheit (BWIS) will das Basler Justizdepartement die Aufsicht über die Fachgruppe 9 (den kantonalen Ableger des Staatsschutzes) konkretisieren und Kriterien aufstellen, nach denen über die Weitergabe von Daten entschieden werden soll. Eine erste Version der Verordnung wird laut Auskunft des Departements bis Ende Jahr vorliegen und soll danach in die Vernehmlassung ans Bundesamt für Justiz in Bern geschickt werden. In die Verordnung werden grosse Erwartungen gesteckt. FDP-Nationalrat Peter Malama erhofft sich ein «starkes Signal» nach Bern und SP-Ständerätin Fetz einen Domino-Effekt in den übrigen Kantonen.

Unterstützt werden die Basler Bemühungen von der Arbeitsgruppe «Innere Sicherheit» innerhalb der «privatim», der Vereinigung aller Datenschutzbeauftragter. Heute sei die Situation so, dass die Datenschutzbeauftragten zwar die rechtliche Möglichkeit hätten, Kontrollen durchzuführen, ihnen aber die konkrete Vorgehensweise und Methoden dazu noch fehlten, sagt «privatim»-Präsident Baeriswyl. Im ersten Quartal des nächsten Jahres will die Arbeitsgruppe erste Resultate präsentieren. Für Baeriswyl ist das Engagement der Basler Regierung wichtig: Es müsse nicht nur die Rechtslage abschliessend geklärt werden, es brauche zusätzlich auch politische Unterstützung: «Sollen die Staatsschützer in den Kantonen richtig überwacht werden, ist das nicht zuletzt auch eine Frage der Ressourcen.»

Bundesrat reagiert. Während die «privatim» und die Basler Regierung das Staatsschutzthema auf kantonaler Ebene vorantreiben, bewegt sich auch bei den Bundesbehörden einiges. Zwar hat der Bundesrat Vorstösse von Fetz und Malama abgelehnt, sagt aber gleichzeitig, dass das Problem erkannt sei: «Eine Bereinigung wird im Rahmen der Teilrevision des BWIS angegangen», heisst es in der Antwort auf den Vorstoss von Malama. Bei der Revision sollen Themen wie das mangelhafte Einsichtsrecht und die künftige Gestaltung des Kontrollsystems behandelt werden. Heute hat die Geschäftsprüfungsdelegation die Oberaufsicht über die Geheimdienste – theoretisch auch über die kantonalen Behörden, die im Auftrag des DAP Daten bearbeiten. «Es ist aber undenkbar, dass sechs Milizparlamentarier die Oberaufsicht in allen Kantonen wahrnehmen könnten. Wir müssen uns auf Stichproben beschränken», sagt Claude Janiak, Präsident der Delegation und Baselbieter Ständerat (SP). Auch unter diesem Gesichtspunkt sei es zu begrüssen, dass Basel-Stadt nun etwas unternehme. In den meisten anderen Kantonen werde das Thema noch stiefmütterlich behandelt. Leider, meint Janiak: «Anscheinend braucht es einen Knall wie in Basel mit der Anti-WEF-Demo und den fichierten Grossräten, damit etwas geschieht.»